

Kein zweiter Fall im Freiburgerland

Grossrat Jean-Daniel Charonnens will im Kanton Freiburg keine «Unia-Affäre» wie im Waadtland. Laut dem Staatsrat sind derzeit aber keine zusätzlichen Massnahmen nötig, damit es nicht so weit kommt.

FREIBURG Die Arbeitslosenkasse des Kantons Waadt hat drei Millionen Franken an fiktive Arbeitslose gezahlt, weil sie von Angestellten der Gewerkschaft Unia und Firmenchefs aus dem Baugewerbe betrogen wurde. Diesen April wurde der Fall publik (die FN berichteten). Daraufhin wollte Grossrat Jean-Daniel Charonnens (SVP, Fétigny) vom Staatsrat in einer Anfrage wissen, wie die Kantonsregierung einen derartigen Fall im Kanton Freiburg verhindern könne.

Gemäss der staatsrätlichen Antwort verfügt die Öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Freiburg (ÖALK) im Rahmen ihres Qualitätsmanagements über ein internes Kontrollsystem, das von verschiedenen weiteren Prüfstellen kontrolliert wird. Laut dem Staatsrat sind zum jetzigen Zeitpunkt keine zusätzlichen Massnahmen nötig.

Die Frage, ob diesbezüglich allfällige rückwirkende Kontrollen notwendig seien, falle nicht in die Zuständigkeit des Staatsrats. Dafür sei die Ausgleichsstelle des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zuständig. jcg

Personaldirektor des HFR geht auf Ende September

FREIBURG Der 44-jährige Gérald Brandt, Direktor Personal beim Freiburger Spital (HFR), verlässt seinen Posten per 30. September. Die HFR-Kommunikationsbeauftragte Jeanette Portmann bestätigte diesen Weggang gestern auf Anfrage. Brandt, der seinen Posten erst am 1. April 2016 angetreten hatte, habe diesen Entscheid aus persönlichen Gründen getroffen, was der Verwaltungsrat sowie der Direktionsrat des Spitals sehr bedauern würden. Für Gaëtan Zurkinden, Regionalsekretär der Gewerkschaft Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), ist dieser Weggang «kein Zufall, sondern ein Zeichen für die starken Spannungen am HFR», wie er gestern in einem Communiqué mitteilte. jcg

Express

16 neue Kurse in Grangeneuve

POSIEUX Das Kursprogramm 2017/2018 der hauswirtschaftlichen Weiterbildung von Grangeneuve ist diese Woche erschienen. Das teilt das Landwirtschaftliche Institut des Kantons mit. Ab sofort kann man sich für einen oder mehrere der 18 vorgeschlagenen Kurse einschreiben, von denen 16 Kurse neu im Angebot sind. Das thematische Spektrum reicht von Haushalt über Gesundheit, Gestalten, Garten und Pflanzen bis zu Familie, Sozialem, Veredelung von Hofprodukten, Rechtlichem, Versicherungsfragen und Betriebsführung. jcg

Wie deutsch wird Grossfreiburg?

Vereinigt sich Freiburg mit acht vorwiegend französischen Agglomerationsgemeinden, so würden nach der Fusion anteilmässig weniger Deutschsprachige in der Kantonshauptstadt leben als heute.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Die Zweisprachigkeit des Kantons Freiburg gibt immer wieder zu reden. Nun steht eine Fusion Grossfreiburgs im Raum, bei der sich die Saanestadt mit Avry, Belfaux, Corminboeuf, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne zusammenschliessen würde, während Düdingen zwar zur Agglomeration Freiburg gehört, aber bei den Fusionsplänen aussen vor bleibt (die FN berichteten). Gegenwärtig ist die Amtssprache der Kantonshauptstadt ausschliesslich das Französische. Wie aber steht es nach der geplanten Megafusion um die Sprachenfrage? Will man diese Frage beantworten, so ist ein Blick in die Bevölkerungsstatistiken unerlässlich. Das ist indes gar nicht so einfach, wie es scheint (siehe Kasten). Eines steht fest: Die Deutschfreiburger sind in der Kantonshauptstadt in der Minderheit, und dieses Verhältnis würde sich nach dem Zusammenschluss mit acht vorwiegend welschen Agglomerationsgemeinden zu einem Grossfreiburg eher zu Gunsten der Französischsprachigen verändern.

Die Angst vor der Bilingualität

Bernhard Allematt ist Präsident der CVP-Fraktion im Freiburger Generalrat, ausserdem Co-Präsident des Forums Partnersprachen. «Sprachenpolitik ist immer auch Symbolpolitik», sagt er. Sein Ziel sei jedenfalls, dass sich Freiburg als zweisprachige Stadt verstehe, unabhängig davon, wie gross der Anteil der Deutschsprachigen prozentual genau sei. Von diesem Zustand sei man heute noch weit entfernt. Allematt glaubt auch nicht, dass sich an dieser Situation bei der Fusion viel ändern wird, weder zum Guten noch zum Schlechten. Das gelte namentlich für die Situation an den Schulen. Sowohl in der Stadt als auch in den acht Agglomerationsgemeinden könne man sein Kind de facto schon heute deutsch oder französisch einschulen lassen – dank der Freien Öffentlichen Schule.

Der Tafersner Franz-Sepp Stulz, Präsident des Vereins Kultur Natur Deutschfreiburg, sieht das Ganze ähnlich. «Man kann nicht gegen eine Fusion sein, nur weil die Sprachsituation für die Deutschsprachigen ungünstiger wird», hält er fest. Die Sprachenfrage stehe beim Projekt Grossfreiburg auch nicht unbedingt im Vordergrund. Und an seinem Grundanliegen ändere die Fusion ohnehin nichts: dass die Hauptstadt eines zweisprachigen Kantons auch zweisprachig sein sollte – zumal sie selber direkt an der Sprachgrenze liege. «Die Gleichberechtigung des Deutschen hat zwar in den letzten Jahrzehnten einige Fortschritte erreicht», so Stulz weiter. «So wurden gewisse Strassenschilder zweisprachig angeschrieben. Aber wir sind noch lange nicht dort, wo wir sein müssten.» Der Tafersner hält es durchaus für möglich, dass die Abwehrhaltung des welschen Bevölkerungsteils im Kontext der starken deutschsprachigen Dominanz in der ganzen Eidgenossenschaft zu sehen sei. «Zweisprachigkeit löst oft Ängste aus», so Stulz, «statt dass man sie als Chance



Im fusionierten Grossfreiburg wird das Französische noch dominanter sein als heute in Freiburg. Grafik FN

ansieht.» Verkompliziert würde die Situation im Kanton dadurch, dass eigentlich eine Vier- oder vielmehr eine Vielsprachigkeit herrsche, wenn man das Senslerdeutsch, die Dialekte Jauns und des Seebzirks, das französische Patois und die diversen Sprachen der Immigranten hinzuzähle.

Stärkung des ganzen Kantons

Für den Freiburger Stadtmann Thierry Steiert (SP) ist es derzeit noch etwas zu früh für eine Diskussion der Sprachenfrage im vereinigten Grossfreiburg. «Das wird sicher eines der Themen sein, die in der konstituierenden Versammlung diskutiert werden», sagt er. Man könne die Saanestadt aus seiner Sicht auch zum heutigen Zeitpunkt nicht einfach als Stadt mit französischer Amtssprache charakterisieren.

«Die institutionelle Agglomeration entspricht nicht mehr der funktionalen Agglomeration.»

Marie Garnier
Staatsrätin

«Eine solche Sichtweise ignoriert, dass man in Freiburg seine ganze Schullaufbahn vom Kindergarten bis zum Universitätsabschluss auf Deutsch absolvieren kann», betont der Stadtmann. Daran werde sich durch die Fusion sicher nichts ändern.

Eine andere Frage ist, ob die Fusionskandidaten aus der Agglomeration sich auch steuerlich einen Zusammenschluss mit der Kantonshauptstadt wünschen werden. Aber auch hier ist es laut Steiert noch zu früh, Prognosen abzugeben. Alles hänge noch davon ab, was die konstituierende Versammlung ausarbeiten werde. Der Stadtmann glaubt nach wie vor daran, dass diesbezüglich ein Konsens möglich ist und es mit der Fusion klappen wird. «Wir müssen ja zuver-

sichtlich sein», so Steiert. «Es wäre gar nicht möglich, drei Jahre lang eine Fusion vorzubereiten, wenn man nicht mit Motivation an seine Aufgabe gehen würde.»

«Unsere Fusion wird nicht nur die Stadt Freiburg, sondern den ganzen Kanton stärken», betont Steiert. «Es geht überhaupt nicht darum, die Stadt auf Kosten der Landgemeinden mächtiger zu machen. Der ganze Kanton kann von dieser Entwicklung profitieren.» Klar sei aber, dass die Agglomeration Freiburg in ihrer heutigen Form wenig Sinn macht, wenn sie bloss noch aus Grossfreiburg und Düdingen besteht. Den entsprechenden Perimeter werde man sicher überarbeiten müssen. Wie viele Gemeinden der künftigen Agglomeration angehören werden, ist laut Steiert Gegenstand laufender Diskussionen.

Mehrheitsfähige Lösungen

Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) betont, dass es auch in einem fusionierten Grossfreiburg für alle möglich sein werde, ihre Kinder «ohne Hindernisse oder zusätzliche Rechnungen» in eine deutschsprachige Schule zu schicken. Faktisch ändere sich gegenüber der heutigen Situation in den meisten involvierten Gemeinden nicht viel. Die einen Gemeinden würden gegenwärtig aber noch ziemlich restriktive Bedingungen für eine deutsche Einschulung stellen – das falle bei einer Fusion weg. Grundsätzlich sei es auch das Ziel des Staatsrats, dass die Zweisprachigkeit in den Gemeinden des Kantons früher oder später neu definiert werde. Die Regierung werde bald prüfen, ob dafür ein entsprechendes Gesetz nötig sei. Dass die Stadt Freiburg mit der Fusion um einiges grösser werde, sei jedenfalls sehr positiv und wichtig. Das erlaube nicht nur eine bessere Positionierung Freiburgs auf der Schweizer Landkarte, sondern auch infrastrukturelle Investitionen in anderen Dimensionen, als das heute möglich sei. Steuerlich bedeute die Fusion nicht für alle beteilig-

ten Partner einen Vorteil. Aber hier sei es Sache der konstituierenden Versammlung, eine attraktive, mehrheitsfähige Lösung auszuarbeiten.

Unbestritten ist für Garnier, dass die Agglomeration im Zuge einer solch epochalen Veränderung vergrössert werden muss. «Die institutionelle Agglomeration entspricht nicht

«Man kann nicht gegen eine Fusion sein, nur weil die Sprachsituation für die Deutschsprachigen ungünstiger wird.»

Franz-Sepp Stulz
Kultur Natur Deutschfreiburg

mehr der funktionalen Agglomeration», sagt sie. Wie viele Gemeinden einer solchen vergrösserten Agglomeration angehören werden, ist für sie noch offen. Klar sei aber schon jetzt, dass diese Expansion den Saane-, Sense- und Seebzirk betreffen werde.

Das Zentrum des Sensebezirks

Und was meint man in Düdingen zum Fusionsprojekt? In der Gemeinde, die es im Mai abgelehnt hatte, an den Fusionsverhandlungen teilzunehmen? «Dahinter stand ein politischer Entscheid», sagt Gemeindeamtmann Kuno Philippina (CVP). Ein eigenständiges Düdingen mit Zentrumsfunktion sei für die Stärkung des Sensebezirks als Gegengewicht zur französischsprachigen Mehrheit im Kanton von entscheidender Wichtigkeit. Dies würde verloren gehen, wenn sich Düdingen an der Grossfreiburger Fusion beteiligen würde. Denn dann müsste die Gemeinde ja wohl in den Saanebezirk übertreten.

Gegen eine Vergrösserung der Kantonshauptstadt habe er nichts, so Philippina weiter. «Es ist eine sehr gute Sache», sagt er. Es sei aber unumgänglich, dass sich die Agglomeration Freiburg künftig weiter vergrössern müsse.

Statistik

Die letzten genauen Zahlen stammen vom Jahr 2000

Die genauen Zahlen der Angehörigen von Sprachgruppen im Kanton Freiburg erhebt das Amt für Statistik nur im Rahmen von Volkszählungen, das letzte Mal im Jahr 2000. Gemäss dieser Statistik lebten in der Stadt Freiburg 7520 Deutschsprachige und 22603 Französischsprachige. Bei einer Gesamtbevölkerung von 35547 Personen betrug der deutschsprachige Anteil also rund 21,2 Prozent, der französischsprachige rund 63,6 Prozent. Im künftigen Gebiet von Grossfreiburg lebten an der Jahrtausendwende insgesamt 62988 Personen. Davon waren 10946 deutschsprachig und 44011 französischsprachig. Es standen sich also ein deutschsprachiger Anteil von 17,4 Prozent und ein französischsprachiger Anteil von 69,9 Prozent gegenüber. Anders formuliert: Der Anteil der Deutschsprachigen würde in einem fusionierten Grossfreiburg um 3,8 Prozentpunkte sinken, der Anteil der Französischsprachigen um 6,3 Punkte steigen. Würde das vorwiegend deutschsprachige Düdingen auch zu Grossfreiburg gehören, so würde sich dieser Anteil wieder zu Gunsten der Deutschsprachigen verschieben. Von 69700 Einwohnern im Jahr 2010 waren in diesem Fall 16967 oder 24,3 Prozent deutschsprachig, 44311 oder 63,6 Prozent französischsprachig. Der deutschsprachige Anteil wäre also noch höher als in der heutigen Stadt Freiburg.

Neuere Zahlen werden laut Reto Messikommer, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Amt für Statistik, zwar jährlich erhoben, aber nur auf der Basis von Stichproben bei rund 7700 über 15-jährigen Einwohnern des Kantons, nicht mehr für jede Gemeinde einzeln und anhand von Hochrechnungen, die auf 100 Personen genau gerundet werden. Dabei wird nicht mehr die Hauptsprache erfasst, sondern sämtliche gesprochenen Sprachen. Zweisprachige Personen erscheinen in dieser Statistik also doppelt.

Gemäss der jüngsten verfügbaren Statistik aus dem Jahr 2015 lebten demnach in der Stadt Freiburg rund 19800 Französischsprachige (71,0 Prozent) und 5600 Deutschsprachige (20,1 Prozent) bei einer Gesamtbevölkerung von rund 27900 Personen. Im Perimeter des geplanten Grossfreiburgs nach der Fusion kam man auf 43000 Frankofone (75,9 Prozent) und 9000 Deutschfreiburger (15,9 Prozent) bei einer Gesamtbevölkerung von 56700 Personen. Der Anteil der Deutschsprachigen würde also nach einer Fusion um 4,2 Prozentpunkte sinken, derjenige der Frankofonen um 4,9 Punkte steigen. Würde Düdingen zu Grossfreiburg gehören, so würde der Anteil der Deutschsprachigen an der Gesamtbevölkerung von rund 64000 Personen immerhin 15500 Personen (24,2 Prozent) betragen, derjenige der Frankofonen 43800 Personen (68,4 Prozent). jcg